

## BUCHBESPRECHUNGEN

Foucault, Michel: *Die Heterotopien / Les hétérotopies; Der utopische Körper / Le corps utopique.*

(Michael Ruoff)..... 102

Kukathas, Chandran: *The liberal Archipelago. A Theory of Diversity and Freedom.*

(Andreas Bock)..... 103

Nass, Elmar: *Der Mensch als Ziel der Wirtschaftsethik. Eine finalistische Positionierung im Spannungsfeld zwischen Ethik und Ökonomik.*

(Manfred Spieker)..... 106

Wahl, Rainer: *Verfassungsstaat, Europäisierung, Internationalisierung.*

(Reinhard Mehring)..... 107

Von der Dunk, Hermann W.: *Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. I und II.*

(Felix Dirsch)..... 108

Grenke, Arthur: *Völkermord. Weltgeschichte des Genozids.*

Jones, Adam (Hg.): *Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen.*

(Armin Pfahl-Traugher)..... 110

Kroll, Frank-Lothar (Hg.): *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945.*

Winckler, Stefan: *Die demokratische Rechte. Entstehung, Positionen und Wandlungen einer neuen konservativen Intelligenz.*

(Harald Seubert)..... 111

Schwartz, Michael: *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961.*

(Ralf Grünke)..... 113

Pflieger, Klaus: *Die Rote Armee Fraktion RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998.*

(Alexander Straßner)..... 115

Jesse, Eckhard (Hg.): *Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz.*

(Achim Beyer)..... 117

Herrmann, Ulrich (Hg.): *Protestierende Jugend. Jugendopposition und politische Proteste in der deutschen Nachkriegsgeschichte.*

(Achim Beyer)..... 118

Michel FOUCAULT: *Die Heterotopien / Les hétérotopies; Der utopische Körper / Le corps utopique. Zweisprachige Ausgabe mit CD, Nachwort v. Daniel Defert, Frankfurt 2005. Suhrkamp, 104 S., gebunden, 19,90 EUR.*

Die mit Heterotopien und Der utopische Körper betitelten Beiträge beruhen auf Radiovorträgen, die Foucault am 7. und 16. Dezember 1966 in der Sendung *Culture française* gehalten hat.

Die Heterotopien kreisen um die Philosophie des Raumes und bewegen sich in dem für Foucault ungewöhnlich zu nennenden Genre der konkreten Utopie. Es geht um geographisch exakt definierte Orte, die sich als Gegenräume auszeichnen. Ein Gegenraum neutralisiert, zersetzt und reinigt den normalen Raum. Gärten, Friedhöfe, Irrenanstalten, Bordelle, Gefängnisse und die Dörfer des Club Méditerranée sind Beispiele für diesen Raumtyp. Abgesehen von dem utopischen Anspruch der Gegenräume bewegt sich Foucault damit zumindest in der Nähe der Tradition jener géographie humaine, die Fernand Braudel in Fortsetzung der Annales Schule nach dem zweiten Weltkrieg in Frankreich erneuert hat. Das zeitliche Gegenstück der Heterotopien findet sich in den Heterochronien. Die Räume von Museen und Bibliotheken bilden eine Struktur aus, die die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen zu versammeln erlaubt. Diese Räume unterbrechen die Zeit als Archiv der deponierten Zeit.

Foucault arbeitet mit einer essayistisch-spielerischen Form, aber das hindert ihn nicht, bis zur Stadtsoziologie und Raumplanung vorzudringen. In dem mehr als nur lesenswerten Nachwort von Daniel Defert findet sich über die Wirkung der Heterotopien eine bemerkenswerte Stelle. Foucault erhielt ein Telegramm, in dem ihm ein bedeutender Vertreter der französischen Architektur, Ionel Schein, seine Begeisterung über das neue Konzept des Städtebaues mitteilte, das er in einem der Vorträge zu erkennen glaubte. Foucault nahm diese Beifallsbekundung damals nicht besonders ernst. Die

internationale Karriere der Heterotopien bewies das Gegenteil. Die University of California in Los Angeles richtete auf die Initiative des amerikanischen Stadtplaners und Kommunalpolitikers Edward Sonja hin einen Lehrstuhl für Heterotopologie ein. 1984 inspirierte der Begriff das Leitthema der internationalen Bauausstellung in Berlin.

Für einen Philosophen, der den Körper einer disziplinären Macht überantwortet hat, entwickelt der zweite Vortrag, der sich mit dem utopischen Körper auseinandersetzt, überraschende Perspektiven. Mit dem Körper ist zunächst der schlichte physische Körper gemeint. Unabtrennbar ernüchternd – und damit das Gegenteil einer Utopie. »Mein Körper ist eine gnadenlose Topie.« (S.25) Und trotzdem gilt: »Der menschliche Körper ist der Hauptakteur aller Utopien.« (S.31) Was nun folgt, ist eine Aufzählung positiver Körpertechnologien, die den menschlichen Körper mit imaginären Räumen verbinden. Mythos, Tanz, Tätowierung und Kleidung stellen Verbindungen her, die den Körper selbst auf den Nullpunkt der Welt legen. Der Körper ist nirgendwo, also im »ou« des »topos« der Utopie. Aber dieses Nirgends ist zugleich der freundliche Kern der Welt, von dem sich alle Orte wie Strahlen erschließen. Erst in der Liebe vermag sich diese Raserei und Rastlosigkeit des utopischen Körpers zu beruhigen.

Die Versuchung ist groß, diesen Vortrag als literarisches Kabinettstück einzuordnen. Andererseits könnte Der utopische Körper für die Ansätze einer Philosophie des Leibes stehen, die im Zusammenhang mit der Ethik des Spätwerks von Bedeutung sind. Die Ethik des Selbst sollte eine Gegenmacht zu den normierenden Prozessen der Disziplinen bilden, die das Individuum in Überwachen und Strafen über den Körper formen. Die Selbsttechnologien der Ethik, die Foucault, neben der Vorlesung über Die Hermeneutik des Subjekts, in den letzten beiden Bänden seiner Geschichte der Sexualität untersuchte, zielen auf die Konstitution eines autonomen Subjekts ab, das sich zwar selbst diszipliniert, aber dabei nicht den Einflüssen einer anonymen Macht unterliegt. Wenn Der utopische Körper auf dem Nullpunkt der Welt liegt, dann eröffnen sich zwei Linien möglicher Entwicklung: Die eine beginnt

bei La Mettries Maschinenmensch und endet in den Disziplinen. Die andere erschließt für und über den Körper, der dann besser Leib zu nennen wäre, imaginäre Räume.

Der Veröffentlichung liegt eine CD mit den Originalvorträgen bei, denen man ob des akkurat gesprochenen und in moderatem Tempo vorgetragenen Französisch ohne besondere Kenntnisse folgen kann, zumal die Texte auch zweisprachig abgedruckt sind.

Michael Ruoff

Chandran KUKATHAS: *The liberal Archipelago. A Theory of Diversity and Freedom.* New York 2003. Oxford University Press. 304 S. gebunden, 45 US-Dollar.

Deutschland ist kein freies Land. Zu diesem Urteil, das sich auf vermutlich alle bestehenden freiheitlichen Demokratien ausdehnen lässt, kommt man mit Chandran Kukathas' Vorstellung einer liberalen Ordnung: Ein Staat kann nur dann als wirklich frei gelten, wenn er jede Form der Vereinigung duldet<sup>1</sup>. Der wehrhafte Rechtsstaat, der zum Schutz seiner Bürger und seiner inneren Ordnung antiliberal, antidemokratische Organisationen verbietet, verrät in den Augen Kukathas' die eigentlichen Anliegen des Liberalismus – abweichende Ansichten zu ermöglichen<sup>2</sup>: »Since everyone will not, and cannot be made to, see the world in the same way, or share the same convictions, or live by the same ideals, political institutions are needed – but *only* to enable such diverse

- 1 »A firm or a society or an empire is liberal to the extent that it is tolerant of difference or dissent, an illiberal to the extent that it does not. [...] What this means, however, is that larger associations may be characterized as liberal even if they contain smaller ones which may not« (Kukathas, *Liberal Archipelago*, S. 24).
- 2 »The theory of the free society is therefore an account of the terms by which different ways *coexist* rather than an account of the terms by which they *cohere*« (ebd., S. 5; Hervorhebungen im Original).

persons to coexist.«<sup>3</sup> Nicht zufällig zeigt der Umschlag des Buches ein Gemälde der Bartholomäusnacht. Auf Befehl Katharina von Medicis wurden in der Nacht zum 24. August 1572 Tausende von Hugenotten in Paris ermordet, weil sie dem »falschen« Glauben anhängen. Darum präsentiert Kukathas, der an der Universität von Utah politische Theorie lehrt, ein auf das Prinzip der absoluten Toleranz reduziertes Liberalismusmodell<sup>4</sup>. Dabei ignoriert er allerdings die Lehre, die in Thomas Hobbes' *Leviathan* zur Gründung des Staates führt: dass absolute Freiheit keine Freiheit bringt<sup>5</sup>. Gleiches gilt für die unbeschränkte Toleranz. Am Ende muss Kukathas die Intoleranz und Unfreiheit als Bedingung der Freiheit verteidigen.

Kukathas' Ausgangspunkt ist die Tatsache der Verschiedenheit. Menschen seien nicht nur völlig unterschiedlich, sie hätten auch ebensolche Ansichten, Ziele und Vorstellungen, und liegen darum dauerhaft miteinander im Konflikt. Für die Anhänger einer religiösen Gemeinschaft mag es um die unsterbliche Seele eines Kindes gehen, wenn sie diesem eine Bluttransfusion verweigern wollen. Dem Staat dagegen um das Recht auf Selbstbestimmung des Kindes, wenn er den lebensrettenden Eingriff gegen die Glaubensregeln dieser Gemeinschaft durchsetzen will. Die Frage, was das richtige Gut ist, sei nicht zu beantworten. »To say that the interests of the child should be protected by the state assumes that it is in a position to know what those interests are when members of society do not agree.«<sup>6</sup>

Die Verschiedenheit des Menschen wird bei Kukathas zum metaethischen Argument gegen die Annahmen, »that the good society is one marked by fundamental agreement on principle of social justice«<sup>7</sup>. Namentlich grenzt sich Kukathas von John Rawls ab, der eine liberale Gerechtigkeitskonzeption als Antwort auf den Pluralismus religiöser

und ideologischer Ansichten präsentiert<sup>8</sup>. Das Problem jeder einheitlichen Theorie einer (staatlichen) Gemeinschaft ist für Kukathas, dass sie die menschliche Verschiedenheit ignoriert und ihr jeweiliges Ordnungsprinzip über abweichende Konzeptionen stellt und diese damit unterdrückt<sup>9</sup>. »At its worst ›an assimilationist ideal amount to genocide‹«, zitiert er Iris Young<sup>10</sup>. Es könne daher kein gemeinsames Interesse der Bürger geben, das den Staat als Einheit konstituiert. Das einzige, worauf sich die Bürger einigen könnten, ist, dass sie sich nicht einigen können<sup>11</sup>. Der Annahme Rawls', die erste Tugend im Staat sei die Gerechtigkeit<sup>12</sup>, stellt Kukathas die Überzeugung entgegen, dass diese Tugend die Toleranz sei<sup>13</sup>.

Um der Verschiedenheit gerecht zu werden, fordert Kukathas die absolute Vereinigungsfreiheit<sup>14</sup>. Jeder muss das Recht haben, die Art der Organisation zu gründen (oder ihr beizutreten), die die Verwirklichung der je unterschiedlichen Lebensentwürfe erlauben soll. Auch wenn diese Organisationen per definitionem anderen ihre Vorstellung vom Leben verwehren will. Ausdrücklich weitet Kukathas das Toleranzgebot auf auch intolerante Institutionen aus: »If a province, for example, discriminated against homosexuals by declaring same-sex unions crimi-

8 John Rawls, *Politischer Liberalismus*, Frankfurt a. M. 1998, S. 12 f.

9 »A liberal state dominated by a liberal theory of the good – by a particular conception of justice – will find itself pressed by those who dissent from the orthodoxy« (*Liberal Archipelago*, S. 269; vgl. S. 133).

10 Ebd., S. 150.

11 »[...] that we cannot agree to agree; but we can, and should, agree to disagree« (ebd., S. 100).

12 John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M. 1994, S. 19.

13 Vgl. *Liberal Archipelago*, S. 119.

14 Vgl. Jacob T. Levy, *Liberalism and Liberal Freedoms. The Significance and Performance of the Autonomy-Tolerance Debate*, <http://polisci.spc.uchicago.edu/~jtlevy/LevyNEPSA.pdf>, S. 2.

3 Ebd., S. 262 (Hervorhebung A. B.).

4 Vgl. ebd., S. 119.

5 Vgl. Thomas Hobbes, *Leviathan*, Frankfurt a. M. 1984, S. 94 f. und 99 f.

6 Kukathas, *Liberal Archipelago*, S. 145.

7 Ebd., S. 85.

nal, the federal government would not have the authority to override its laws on the grounds that they were illiberal.«<sup>15</sup> Theoretisch müsste der liberale Staat, setzt man die Argumentation konsequent um, auch terroristische oder faschistische Organisationen dulden, deren Ziel die Abschaffung des liberalen Staates ist. Damit aber führt Kukathas den Liberalismus ad absurdum. Die Unfreiheit wird hier zur Bedingung der Freiheit.

Dem würde Kukathas sicher widersprechen. Durch die Vereinigungsfreiheit glaubt er eine moderne (der multikulturellen Gesellschaft entsprechende) Form der »Checks and Balances« gefunden zu haben. Zwar räumt er ein, dass die Vereinigungsfreiheit wie jede Form der Freiheit missbraucht werden kann<sup>16</sup>. Nur dass sein System des »liberal Archipelago« die Gefährdung der Freiheit durch antilibérale Organisationen selbst verhindern könne. Was Kukathas vorschwebt ist eine staatliche Organisation, »which is neither the creation nor the object of control of any single authority«<sup>17</sup>. Jeder einzelne wäre »subject to the authority of several different groups or associations, whose rules or norms will govern his choices by defining what he may and may not do«<sup>18</sup>. Diese einander überlappenden Autoritätssphären sollen inhumane Extrempositionen verhindern<sup>19</sup>. Womit Kukathas allerdings nicht erklärt, wie er dieses System vor der Übernahme durch eine dominante Organisation schützen will. Da er kein geschütztes Grundrechtssystem für nötig hält<sup>20</sup>, bliebe es jeder Organisation überlassen, durch Propaganda, psychischen Druck oder Terror<sup>21</sup> die Vorherrschaft zu erringen. Das Recht, jede Vereinigung auch wieder verlassen zu dürfen, das Kukathas als »Not-

bremse« installieren will<sup>22</sup>, wird damit allerdings zum leeren Anspruch.

Wie die neue liberale Gesellschaft aussehen könnte, zeigt Kukathas am Beispiel einer muslimischen Frau, die in einer kleinen Dorfgemeinschaft als Mutter und Ehefrau lebt. Diese Ordnung sei frei und legitim, wenn die Frau gar nicht anders leben möchte<sup>23</sup>. Da Kukathas auch intolerante, antiliberale Organisationen toleriert, muss er die Idee der Autonomie aufgeben<sup>24</sup> – dass jeder den Institutionen der sozialen Ordnung zustimmen können muss. Statt dessen postuliert er die Gewissensfreiheit als alleinigen Prüfstein der Legitimität<sup>25</sup>. Was ihn zu der paradoxen Aussage zwingt, dass Gesellschaften frei und legitim sind, sobald ihre Mitglieder nur glauben, dass die fragliche Ordnung richtig sei. Wenn die muslimische Frau darum glaubt, dass ihre untergeordnete Rolle gottgegeben ist, lebt sie in einer liberalen Gesellschaft: »She is, in a sense, free because she enjoys a certain »inner freedom««<sup>26</sup>. Warum auch die Tradition der Beschneidung weiblicher Genitalien für ihn nicht zwangsläufig etwas über die Unfreiheit der betroffenen Frauen und die Illegitimität der Gesellschaftsordnung aussagt<sup>27</sup>. Nur dass diese Frauen, durch Erziehung oder Gruppendynamik gezwungen, so unfrei sind wie Winston Smith in George Orwells 1984. Erst nach Folter und Gehirnwäsche war er frei, den Großen Bruder wieder zu lieben<sup>28</sup>.

Andreas Bock

15 *Liberal Archipelago*, S. 31.

16 Vgl. ebd., S. 142.

17 Ebd., S. 8.

18 Ebd., S. 143.

19 »[...]in a society governed by toleration, it is not going to be possible for individuals or groups easily to arrogate to themselves the power to do entirely as they wish with others [...]« (*Liberal Archipelago*, S. 143 f.).

20 Vgl. ebd., S. 115.

21 Kukathas hält die Mitgliedschaft im Ku-Klux-Clan oder einer Nazi-Partei mit seinem Liberalismus für vereinbar (vgl. ebd., S. 114).

22 Vgl. ebd., S. 97, 143.

23 Vgl. ebd., S. 113.

24 Vgl. ebd., S. 36.

25 »Fundamental to the liberal standpoint is the conviction that individuals should not be forced to act against conscience – to act in ways they consider wrong.« (Ebd., S. 25).

26 Ebd., S. 113.

27 Vgl. ebd., S. 145.

28 George Orwell, 1984, München 2001, S. 278.

Elmar NASS: *Der Mensch als Ziel der Wirtschaftsethik. Eine finalistische Positionierung im Spannungsfeld zwischen Ethik und Ökonomie. Abhandlungen zur Sozialethik, hg. von Anton Rauscher und Lothar Roos, Band 48, Paderborn 2003. Verlag Ferdinand Schöningh, 343 S., kart./brosch., 44 EUR.*

Elmar Nass verfolgt in seiner Trierer sozial-ethischen Dissertation das Ziel, ein »christlich begründetes humanistisches Kommunikationsmodell« für die Wirtschaftsethik vorzulegen, das »ökonomisch und ethische Rationalität (...) miteinander ins Gespräch bringt«. Zur Beschreibung dessen, was ökonomische Rationalität bedeutet, orientiert sich Nass vor allem an der Wirtschaftsethik Karl Homanns, dem er vorwirft, die Ethik in der Ökonomie aufzulösen. Wirtschaftsethik beschäftigt sich in der Perspektive Homanns nur noch mit der normativen Umsetzung des Effizienzprinzips. Sie verfallt mit ihrem Anspruch der metaphysikfreien Moralbegründung einem ökonomischen Imperialismus, der nicht mehr in der Lage sei, nach der Legitimität der Rahmenordnung und der Spielregeln des Marktes zu fragen.

Nass untersucht auch die integrative Wirtschaftsethik Peter Ulrichs und Ulrich Thielemanns, deren Kritik am Ökonomismus Homanns er ebenso teilt, wie deren Orientierung am Humanum, das bei Ulrich und Thielemann freilich mit Kant sehr formal und metaphysikfrei bestimmt wird. Seinen eigenen Ansatz, bei dem er sich vor allem am Naturrecht von Arthur Fridolin Utz orientiert, nennt Nass »finalethisch«. Das spiegelt sich schon in dem etwas ungewöhnlichen Titel der Arbeit »Der Mensch als Ziel der Wirtschaftsethik«. Der Primat des Humanum ermöglicht für Nass erst eine Wirtschaftsethik, die diesen Namen verdient. Die menschliche Natur sei Grenze und Maß jeder Legitimität ökonomischer Entscheidungen.

Wer von der Arbeit die systematische Entfaltung einer »finalethischen« Wirtschaftsethik erwartet, wird aber enttäuscht. Nass will ein naturrechtlich begründetes Menschenbild lediglich als Bedingung der Möglichkeit eines Dialogs der verschiedenen »Rationalitäten« der Ökonomie und der Ethik aufweisen. Er konzentriert sich auf

die Auseinandersetzung mit den »metaphysikfreien« Ansätzen. Er bedient sich dabei einer überaus schwer verständlichen Sprache, die gern mit mathematischen Begriffen spielt. Er verwendet darüber hinaus zahlreiche Abbildungen, die aber zur Erhellung der Erörterungen wenig beitragen, und er versteckt manch wichtige Aussage und Kritik, die in den Text gehörte, in den über 1300 Fußnoten.

Eine eigene Auseinandersetzung würde die Bestimmung des Verhältnisses von Individualethik und Sozialethik verdienen. Nass bestimmt dieses Verhältnis mit Utz, demzufolge immer dem Gemeinwohl die Priorität vor dem Einzelwohl zukomme. Diese Bestimmung übersieht, dass das Gemeinwohl in der christlichen Gesellschaftslehre immer anthropozentrisch bzw., um mit Nass zu sprechen, »finalethisch« bestimmt wird als Gesamtheit der sozialen und politischen Möglichkeitsbedingungen der personalen Entfaltung der Menschen. Das Humanum ist also auch Maß und Grenze des Gemeinwohls. Dies hat die jesuitische Schule der christlichen Gesellschaftslehre mit Recht der Schule der Dominikaner entgegengehalten. Auch die Definition der Sozialethik ist fragwürdig. Im Unterschied zur Individualethik betrachte sie, so Nass, das Individuum in seinen natürlichen sozialen Verflechtungen. Das aber muss jede Individualethik auch tun, die sich ja mit Personen und nicht mit Monaden beschäftigt. Das Spezifikum der Sozialethik ist vielmehr die Frage nach der Gestaltung der sozialen Institutionen und Strukturen, die Möglichkeitsbedingung für das Gelingen des menschlichen Lebens sind.

Nass hat erkannt, welche Probleme die verschiedenen wirtschaftsethischen Ansätze aus der Perspektive nicht nur der Christlichen Gesellschaftslehre, sondern auch einer humanen Wirtschaftsordnung beinhalten. Er beansprucht mit Recht, den naturrechtlichen Schlüssel zu deren Kritik und Weiterführung zu kennen. Was er noch finden muss, ist die Sprache oder, um in seiner Terminologie zu bleiben, der Code, mittels dessen er sein Anliegen verständlich machen kann.

Manfred Spieker

Rainer WAHL, *Verfassungsstaat, Europäisierung, Internationalisierung*. Frankfurt 2003. Suhrkamp-Verlag, 441 S., brosch., 14 EUR.

Die Rechtswissenschaft führt im Suhrkamp-Kosmos ein Schattendasein. Nur wenige renommierte Protagonisten des Öffentlichen Rechts haben hier Aufnahme gefunden. Ihre Werke markieren zugleich Standorte der rechtswissenschaftlichen Diskussion in Deutschland. Rainer Wahls Sammelband bezeichnet jetzt die Europäisierung und Internationalisierung des Verfassungsstaates als neues Thema. Wahl entdeckte es im Gang seiner Studien. Und er kennzeichnet dessen Repräsentanz für die Entwicklung der bundesdeutschen Rechtswissenschaft durch seine These von den »zwei Phasen des Öffentlichen Rechts nach 1949«. Die erste Phase charakterisiert er dabei durch die Perfektionierung des »Vorrangs der Verfassung« vor dem einfachen Gesetz und dem Gesetzgeber (S. 123, 329) im Ausbau der Verfassungsrechtsprechung; die zweite Phase, die »zweite große Leitidee«, sieht er durch die spätere Entdeckung der Europäisierung und Internationalisierung gekennzeichnet, die ihre verfassungsrechtliche Grundlage in der umfassenden »Ermächtigung des Art. 24 GG« hat. Sie öffnete »das Tor für ein neues Staatsverständnis« (S. 25). Zunächst entdeckte Wahl hier die »Verfassung als Vorrangordnung« und profilierte diese bundesdeutsche Entdeckung gegen die ältere deutsche Verfassungsgeschichte. Erst im zweiten Schritt, parallel zur Entwicklung der »zweiten Phase des öffentlichen Rechts«, erfasste er dann die neuere wissenschaftliche Herausforderung der Europäisierung und Internationalisierung. Er gliedert seine Studien heute im »Blick von der Gegenwart zurück« (S. 9), um »das Neue im Grundgesetz« (S. 7) zu profilieren.

Der Band hat vier Teile. Der erste behandelt die »Europäisierung und Internationalisierung als Verfassungsproblem«, der zweite die »Verfassung als Vorrangordnung«, der dritte den »Verfassungsstaat in der geschichtlichen Perspektive« und der vierte formuliert abschließend erneut die leitende These von den »zwei Phasen des Öffentlichen Rechts nach 1949« als »Forschungsprogramm für weitere Studien« (S. 13). So

dokumentiert die Sammlung eine rechtswissenschaftliche Herausforderung. Es ist kein Lehrbuch der Europäisierung und Internationalisierung des Verfassungsstaates, sondern ein Lehrgang geschichtlicher Entdeckung der neuen Aufgaben und Probleme. Die Vorrangordnung der Verfassung sieht sich auf einmal mit einem sehr anderen Recht konfrontiert: mit dem Vorrang der Europäisierung und Internationalisierung vor der alten Perfektion des Verfassungsstaates. Wie steht Wahl normativ zu dieser Entwicklung? Das ist eine zentrale Rückfrage an diese Sammlung. Wahl beantwortet sie mit einer vorsichtig optimistischen Option für den »offenen Staat« der Europäisierung und Internationalisierung.

Er kann dies, weil er in der bundesdeutschen Perfektionierung (vgl. S. 21, 53) des Vorrangs der Verfassung durch »Verrechtlichung und Justitialisierung« länger schon eine gewisse Verengung und Gefährdung nötiger politischer Spielräume sah (vgl. S. 245ff, 316ff, 327, 419ff). Besonders problematisiert er das Institut der Verfassungsbeschwerde und plädiert hier für eine Reform des Bundesverfassungsgerichts (S. 188ff, 230ff). Wahl nimmt die Europäisierung und Internationalisierung heute als einen »willkommenen Anstoß und Motor« (S. 433) der »Selbstreflexion« und Abstandnahme von »Übersteigerungen der ersten Phase« (S. 434). Das scheint aber kaum bruchlos möglich. So sehr Wahl in seinen älteren Studien betont (vgl. S. 137, 294f, 329ff), dass der konstitutionelle Dualismus des 19. Jahrhunderts vor der Demokratisierung und dem Vorrang der Verfassung auswich, so auffällig zieht er sich heute angesichts der neuen Entwicklungen auf eine juristische Beobachterperspektive zurück, die die Legitimitätsprobleme der Depotenzierung des nationalen Verfassungsstaates in ihrer normativen Problematik nicht deutlich herausstreicht. Eine Studie über »Die deutsche Einigung im Spiegel historischer Parallelen« erörtert exemplarisch den seltenen Zufall des Geschicks, dass nationale und internationale Interessen einmal koinzidieren. Eine solche Harmonie der Interessen ist aber selten gegeben. Internationalisierung ist deshalb für den Verfassungsstaat ein gewaltiges Integrations- und Legitimationsproblem.



Zwar gibt Wahl einen eindrucksvollen Überblick über die Entwicklungen. Eindrucksvoll zeigt er auch den Zusammenhang zwischen der Demokratisierung und der Verrechtlichung der Verfassung als Vorrangordnung auf. Gerade dieser Zusammenhang aber stellt seine vorsichtig optimistische Sicht der neueren Entwicklung in Zweifel. Denn Wahl kann die übermäßige Verrechtlichung eigentlich nicht kritisieren, ohne zugleich seine normative Basis, die Verfassung als Vorrangordnung, zu schwächen; und er kann die Europäisierung und Internationalisierung deshalb auch nicht preisen, ohne die resultierenden Demokratiedefizite zu kritisieren. Zwar sieht er den nationalen Staat noch als die Legitimationsbasis der Entwicklung an (vgl. S. 48ff.). Mit der Entdeckung der Europäisierung und Internationalisierung aber geht ihm das normative Pathos der Verfassung als Vorrangordnung verloren. Es reduziert sich auf eine ambivalente Haltung zur Verrechtlichung. Wahl schlägt seine Beunruhigung über die abnehmende »Konzept- und Systemfähigkeit« (S. 430) des nationalen Rechts und die gegenwärtige »Verdopplung des Rechts« (S. 431) mit der – heute geläufigen – leicht euphemistischen Formel vom »offenen Staat« nieder, zieht sich aus der normativen Wertung auf die weite und vorläufige Bestandsaufnahme der veränderten Rolle des Staates zurück und beschwichtigt die abgründige Doppelbödigkeit seiner prägnanten Formel von den »zwei Phasen« des Rechts mit einer optimistischen Aussicht auf weitere Verrechtlichung. Den Leser beschleicht dabei der Verdacht, dass dieser Rückzug aus der Wertung die gegenwärtige Lage der bundesdeutschen Rechtswissenschaft bezeichnet. Das demokratische Pathos des Verfassungsstaates scheint über die jüngsten Entwicklungen zu verblasen.

Reinhard Mehring

*Hermann W. VON DER DUNK: Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. I und II. Aus dem Niederländischen von Andreas Ecke, München 2004. Deutsche Verlagsanstalt, zus. 1304 S., gebunden, 128 EUR.*

Die große Tradition der Kulturgeschichte ist zwischen 1800 und 1950 anzusetzen. In die-

sen Zeitraum fallen so herausragende Werke der betreffenden historischen Disziplin wie die Darstellungen Jakob Burckhardts über die griechische Kultur, sein epochemachendes Renaissancebuch, das Spätmittelalterbuch Johann Huizingas oder die wichtige Studie Ernst-Robert Curtius' über Europäisches Mittelalter und Lateinisches Mittelalter. Hinzuzufügen sind weiterhin Namen wie Aby Warburg, Ernst Cassirer oder Erwin Panofsky, die für den Weltruhm der deutschen kulturhistorischen Tradition maßgeblich verantwortlich sind.

Abgesehen davon, dass derart bedeutende Kulturhistoriker im Laufe des 20. Jahrhunderts immer rarer wurden, drang nach dem Zweiten Weltkrieg die ökonomistisch ausgerichtete Historie – meist im marxistischen Gewand! – immer weiter vor. Vollends seit den sechziger Jahren (bis in die frühen neunziger Jahre!) wurde »Sozialgeschichte« zum Zauberwort. Sie dominierte die unterschiedlichen Fachrichtungen der Geschichtswissenschaft. Ein Kunsthistoriker wie Arnold Hauser firmierte nunmehr als Kunstsoziologe. Mehr noch: Im Zuge des Generationenwechsels der bundesdeutschen Historie (spätestens seit den siebziger Jahren) wurden frühere Außenseiter der Zunft wie die Vertreter der Bielefelder Schule (Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka) schnell zu einer neuen Orthodoxie. Spannungen zwischen traditionellen »Kulturalisten« und oft als modisch empfundenen »Ökonomen« erwiesen sich häufig als fruchtbar.

Doch seit den frühen neunziger Jahren ist ein abermaliger Umbruch zu konstatieren. Das Soziale tritt in der Historie immer mehr hinter das Kulturelle zurück. Der unübersehbare »cultural turn« veränderte nicht zuletzt die Geschichtswissenschaften. Seitdem wird auf diesem Gebiet ein neues Paradigma der Kulturgeschichtsschreibung in Umrissen sichtbar. Peter Burke hat in seinem im Herbst 2005 erschienenen Essay »Was ist Kulturgeschichte?« vier Namen besonders herausgestellt: Michail Bachtin, Michel Foucault, Norbert Elias und Pierre Bourdieu beeinflussen die gegenwärtige kulturtheoretische Debatte gerade hinsichtlich ihrer symboltheoretischen Fundierung in starkem Maß.

Im Windschatten der nachhaltigen kulturwissenschaftlichen Wende häufen sich in

den letzten Jahren allerdings auch epochenübergreifende wie epochenspezifische Darstellungen der Kulturgeschichte, die von traditionell arbeitenden Historikern geschrieben werden. Neben der grundlegenden Arbeit Claus-Peter Hartmanns über die Kultur des Heiligen Römischen Reiches ist dabei vor allem die materialreiche, in zwei Bänden erschienene Studie des niederländischen Historikers Hermann W. von der Dunks zu erwähnen.

Eine »Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts« zu verfassen, stellt ein ehrgeiziges Unternehmen dar. Wie kann man sich einer solchen Mammutaufgabe nähern? Die Idee der Kultur impliziert die Idee der Tradition. Der Mensch ist – im Gegensatz zum Tier! – gezwungen, bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten von einer Generation an die nächste weiterzugeben. Freilich erleichtert dieser Grundsatz keinesfalls die Arbeit des Kulturhistorikers, denn innerhalb jeder Generation bestehen unterschiedliche Traditionen, die in einer geschichtlichen Darstellung beschrieben sein wollen. In der Moderne, deren Beginn in kulturell-literarischer Perspektive durchaus um 1900 angesetzt werden kann, kommt noch ein wichtiges Moment hinzu: Brüche überwiegen häufig die immer auch vorhandenen Kontinuitäten und übertreffen sie nicht selten hinsichtlich ihrer Relevanz.

So ist es keinesfalls überraschend, dass von der Dunk vor allem die Umbrüche der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts im Vergleich zum vorherigen Jahrhundert herausarbeitet. Im Blickfeld ist ihm vor allem die »Schwelle des Jahres 1900«, die mehr als nur symbolische Bedeutung verrät. Der Utrechter Gelehrte arbeitet das Säkulum in seiner ungeheuren Vielfalt heraus. Besonders die große Zahl neuer Bewegungen wie Frauen-, Jugend- Arbeiterbewegung, pädagogische Reformrichtung usw. künden den neuen Geist der Zeit, ebenso die gleichfalls kaum zu überblickenden Umbrüche in allen gesellschaftlichen Bereichen. Von der Dunk beschreibt etwa die Wandlungen in Kunst, Wissenschaft, Religion, Literatur, aber auch die Etablierung neuer Genres wie Film oder Radio. Dabei verbleibt er überall im verbindlichen Radius der Forschung. Sein Urteil ist vorsichtig und abwägend. Angesichts

des enormen Umfangs des Stoffgebietes wird der Leser sowieso keine neuen Forschungsergebnisse erwarten. Es ist bei einem derartigen Vorgehen auch kaum zu vermeiden, dass die Studie den Kapiteln über Kultur (im engeren Sinn des Wortes) und kulturelle Entwicklungen immer auch Abschnitte anschließt, die eher als allgemein historisch zu begreifen sind und narrativen Charakter erkennen lassen.

Der zweite Band des Werkes beginnt mit dem Einschnitt der faschistischen Diktaturen der zwanziger und dreißiger Jahre. Von der Dunk zeigt auf, dass der Historiker es sich zu leicht macht, wenn er, was aus moralischer Perspektive im Nachhinein verständlich erscheint, ausschließlich den gewalttätigen Charakter, etwa des italienischen Faschismus, betont. Zweifellos hat er auch vielen – häufig orientierungslosen – Zeitgenossen eine »Zukunftsperspektive« geboten, was keineswegs als Exkulpation begriffen werden kann. Sein Verhältnis zur Moderne war ambivalent, was besonders im Herrschaftsbereich Mussolinis gilt. So ist überall erkennbar, dass Urteile aus zeitgenössischer Sichtweise schwerer zu fällen sind, als dies aus der Retrospektive plausibel ist.

In dem Kapitel über die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg schildert der Verfasser das »gespaltene Europa«, weiterhin die »kulturellen Turbulenzen« der sechziger Jahre, die einer Generation geschuldet sind, die vollkommen neue Lebensbedingungen vorfand, im Vergleich noch zu zwei oder drei Jahrzehnten früher. Lesenswert ist auch das abschließende Kapitel »Kultur ohne Kompass«, das nochmals die bedeutenden Leistungen so unterschiedlicher Denker wie Adorno, Lasch, Foucault, Derrida u.v.a. referiert.

In der Tat: Sucht man einen roten Faden, der das vergangene Jahrhundert durchzieht, so fallen überall die Kontraste auf, die auch das weltweite Zusammenleben nach dem pompös gefeierten Millenniumswechsel bestimmen. Wenn der historisch Interessierte Werke wie die Abhandlung von der Dunks liest, so erkennt er unschwer, was er ihm der »cultural turn« an Positivem gebracht hat.

*Felix Dirsch*



Arthur GRENKE: *Völkermord. Weltgeschichte des Genozids*. München 2004. Herbig-Verlag, 319 S., gebunden, 39,90 EUR.

Adam JONES (Hg.): *Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen*. Berlin 2005. Parthas Verlag, 534 S., gebunden, 38 EUR.

Genozide prägten immer wieder die Geschichte der Menschheit. Deren vergleichende Erforschung stellt trotzdem noch ein weitgehendes Desiderat der Forschung dar, obwohl auch im deutschsprachigen Raum in den letzten Jahren einige derartige Studien erschienen. Ihnen einreihen möchte sich die von dem im Kanada lebenden Historiker und Soziologen Arthur Grenke vorgelegte Arbeit *Völkermord. Weltgeschichte des Genozids*. Ihr geht es zum einen um die typologisierende Unterscheidung unterschiedlicher Genozide der Geschichte, zum anderen um die Aufarbeitung der gesellschaftlichen Bedingungsfaktoren für diese Form massenhafter Tötung von Menschen. Gleichzeitig will der Autor die Angemessenheit des Holocaust-Begriffs für die einzelnen Fälle von Genoziden erörtern. Grenkes Arbeit gliedert sich in drei große Teile:

Zunächst geht es ihm um ideologische Genozide, denen ein strukturelles weltanschauliches System zugrunde lag. Im Sinne von Fallstudien widmet er sich der im Alten Testament geschilderten Eroberung Palästinas durch das jüdische Volk, der Ausrottung von Hexen in Europa, dem türkischen Völkermord an den Armeniern, der Verfolgung von Kulaken in der Sowjetunion, der Vernichtung des europäischen Judentums durch die Nationalsozialisten und den Massenhängen in Kambodscha durch die Roten Khmer. Dem folgend behandelt der Autor Genozide, die im Zusammenhang mit der europäischen Kolonialisierung in anderen Kontinenten durchgeführt wurden. Hierzu gehören die Massenhängen im spanisch und im französisch dominierten Amerika, die Völkermorde an den Indianern in den USA und den Ureinwohnern in Tasmanien sowie das »Aussterben« der Beothuk in Neufundland. Und schließlich stellt Grenke eine Reihe von vergleichenden Betrachtungen an, wozu die Erörterung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei ideologischen und

kolonialen Genoziden und eine Einordnung des Holocaust in den Kontext einer Genozidtypologie gehören.

Das Urteil über die Studie fällt ambivalent bis negativ aus: Lobenswert sind sicherlich die Bemühungen um eine entwickelte Typologie von Genoziden, wozu Grenkes Arbeit eine Reihe von Anregungen liefert. Ob allerdings eine Unterscheidung nach ideologischen und kolonialen Aspekten wirklich trennscharf ist, bestreitet der Autor mit dem Verweis auf die auszumachenden Mischformen selbst. Darüber hinaus passen die Kriterien nicht, bewegen sie sich doch auf unterschiedlichen Ebenen. Auch die Ausführungen zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Aufkommen von genozidalen Situationen verdienen Beachtung, lässt sich doch in der Tat ein entsprechendes Muster über die geschichtliche Entwicklung hinaus ausmachen. Hier können Grenkes Ausführungen erkenntnisfördernd und konstruktiv aufgegriffen werden. Und schließlich verdient auch Anerkennung, dass Massenhängen im Kontext der Kolonialisierung auch als Genozide aufgefasst werden, was in sonstigen Darstellungen entgegen der historischen Sachlage nicht immer erfolgt.

Kritikwürdig sind demgegenüber eine ganze Reihe anderer Aspekte: Die erwähnten Fallstudien basieren häufig nur auf wenigen Titeln der Sekundärliteratur, die etwa im Kapitel über die Kulaken-Verfolgung in der Sowjetunion selektiv ausgewählt wurde und so nicht den aktuellen Forschungsstand widerspiegelt. Darüber hinaus benutzt Grenke den Genozid-Begriff inflationär, wendet ihn ohne nähere Begründung auch auf Massenhängen an Menschengruppen mit anderer sozialer Zusammensetzung oder auf Fälle von gezielter und massiver sozialer Benachteiligung ohne direkte physische Tötung an. Hier hätte es zumindest einer Differenzierung und Erläuterung bedurft. Darüber hinaus entwickelte der Autor sein eigenes Untersuchungsraster nicht systematisch, geht von unklaren Kategorien aus und verwendet etwa den Holocaust-Terminus inhaltlich diffus. Insgesamt scheint Grenke sein Thema nicht analytisch wirklich im Griff zu haben. Insofern beendet man die Lektüre seines Buches – trotz einiger beachtenswerter Reflexionen – mehr irritiert denn informiert.

Genozide müssen nicht nur von autoritären und totalitären Diktaturen ausgehen, unterstützten doch auch immer wieder liberale Demokratien zumindest indirekt solches Vorgehen. Darauf hinweisen wollen die Autoren des von dem US-amerikanischen Genozid-Forscher Adam Jones herausgegebenen Sammelbandes Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen. Er enthält neben einigen Dokumenten 22 unabhängige Fallstudien, die sich den unterschiedlichsten inhaltlichen Aspekten aus verschiedenen methodischen Perspektiven nähern. Zur Veranschaulichung der Vielfalt hier einige exemplarische Hinweise:

Peter Stoett legt eine Typologie der Schattierungen von Mittäterschaft bei transnationalen Verbrechen gegen die Menschheit vor. Folter und andere Rechtsverletzungen durch die französische Armee während des Algerienkrieges stehen im Zentrum von Raphaële Branches Ausführungen. Mario I. Aguilar und Steven L. Jacobs gehen der Rolle Henry Kissingers bei der US-amerikanischen Intervention in Chile in den 1970er Jahren beim Sturz Allendes und der Inthronisierung Pinochets nach. Die Rolle Belgiens bei den Umbrüchen im Kongo und dem Tod Lumumbas bildet den thematischen Schwerpunkt des Aufsatzes von Thomas Turner. Linda R. Melvern kritisiert das Versagen des UN-Sicherheitsrates beim Völkermord in Ruanda 1994. Und die internationalen Bürgertribunale zu Menschenrechtsverletzungen und deren Einfluss auf die öffentliche Meinung werden von Arthur Jay Klinghoffer angesprochen.

Insgesamt handelt es sich um einen informativen Sammelband, der die mitunter ignorierten Doppelstandards und Schattenseiten westlicher Politik veranschaulicht. Dabei passen allerdings nicht alle Aufsätze zur Thematik Genozid und manche Zuordnungen können kritisch hinterfragt werden. Hierzu gehört etwa der Beitrag von Peter G. Prontzos, der einfach zu verhütende Krankheiten und Hunger in Entwicklungsländern als Ausdruck von struktureller Gewalt im Sinne eines Genozids deutet und damit eine problematische Ausweitung des Begriffsverständnisses vornimmt. Ähnliches gilt für Ward Churchills Beitrag über die nordamerikanischen Heimschulen für

indianische Kinder, welche als Ausdruck eines kulturellen Genozids aufgefasst werden. Etwas irritierend wirken Aufnahme und Einschätzung des Aufsatzes von Eric Langenbacher über die angloamerikanische Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, deren Zuordnung zu dem genannten inhaltlichen Kontext sicherlich kontrovers diskutiert werden kann. Überhaupt gibt es zu dieser Frage in den USA eine weitaus differenziertere und offenere Debatte über Einschätzung und Legitimation als in Deutschland. Viele Autoren des Sammelbandes schreiben ein wenig mit der politischen Faust in der Tasche, gleichwohl dürfen ihre sachlichen Ausführungen deswegen nicht ignoriert werden.

Armin Pfahl-Traugbber

Frank-Lothar KROLL (Hg.): *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945. Reihe: Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus*, Berlin 2005. Duncker und Humblot, 347 S., gebunden, 78 EUR.

Stefan WINCKLER: *Die demokratische Rechte. Entstehung, Positionen und Wandlungen einer neuen konservativen Intelligenz. Europäisches Forum, Band 14*, Frankfurt/Main/Berlin/New York 2005. Peter Lang, 190 S., gebunden, 19,90 EUR.

Der Titel des Sammelbandes ist ebenso elegant wie präzise. In seiner souveränen und aspektreichen Einführung weist Frank-Lothar Kroll auf innere und äußere, in Personen und Institutionen begründete Umstände hin, die einer Manifestation konservativer Intellektualität nach 1945 entgegenstanden. Dabei zeigt er, wie wenig selbstverständlich und wie strittig die dominierende Westorientierung (»Westernization«, »Westernisierung«) zu Beginn der Nachkriegszeit in der öffentlichen Debatte gewesen ist und dass vor allem die ideelle Westintegration zahlreiche namhafte konservative Gegenstimmen hervorrief.

Es ist hilfreich, dass Clemens Albrecht einige grundsätzliche Überlegungen über die methodische Konzeption einer Wirkungsge-

schichte des Konservatismus nach 1945 vorträgt. Zu Recht klagt Albrecht ein, dass die lange Zeit dominierende biographische Forschungsperspektive durch eine wissenschaftssoziologisch objektivierbare abzulösen sei. Besser als von »Ablösung« wäre wohl - und der vorgelegte Band liefert dafür einen überzeugenden Beleg - von einer Ergänzung zu sprechen. Die von Albrecht eingeforderte »solide Theorie des Konservatismus« kann angesichts der Vielgestaltigkeit und Komplexität konservativer Intellektualität freilich lediglich als Heuristikum am Anfang stehen. Sie setzt weitgreifende Einzelforschungen voraus, für die der von Kroll herausgegebene Band wichtige Anstöße und Hinweise gibt. Seine Anlage ist, gerade in der Verbindung von institutionen- und milieugeschichtlichen Arbeiten einerseits, auf Einzelpersonen bezogenen Studien andererseits überzeugend.

Unter der Rubrik ‚Institutionen und Organisationen‘ (II) finden sich fundierte Arbeiten über das Beamtentum der Bundesrepublik als konservatives Element (Josef Schußlburner), über konservative Ansätze in der Geschichte der Bundeswehr (Klaus Hammel) und über den »Fünften Stand«, die deutschen Vertriebenen in der Bonner Republik, die, wie der Verfasser an überzeugenden Beispielen zeigt, einen nicht unwesentlichen Faktor in deren Machtgefüge ausmachten (Matthias Stickler).

Die Rubrik ‚Presse und Publizistik‘ (III) summiert zwei sehr unterschiedlich angelegte Beiträge: eine knappe, auf die Zeitschrift Neues Abendland konzentrierte Skizze von Felix Dirsch über den humanistischen Diskurs katholischer Intelligenz und eine hervorragende, neue Perspektiven erschließende Abhandlung von Hans von Sothen über Hans Zehrer, den großen Autor und Redakteur der WELT. An Zehrs komplexer, mitunter gebrochener Persönlichkeit zeigt sich exemplarisch die Vielgestaltigkeit konservativer geistiger Lebensstopographien im 20. Jahrhundert: dezidiert angelsächsische elitäre Orientierungen verbinden sich bei ihm in der Nachkriegszeit mit einer abendländischen Rückbesinnung, niedergelegt in dem umfänglichen, schwer fassbaren, doch vielgelesenen Werk *Der Mensch in dieser Welt* (1948). Von Sothen beleuchtet auch klar, wie

das Verhältnis zwischen Springer und Zehrer, seinem »geheimen Rat«, zunehmend schwieriger und angespannter wurde. Es kam zu zermürbenden Auseinandersetzungen, da die Amerika- und Westorientierung Springers seit Ende der fünfziger Jahre mit Zehrs Suche nach einer eigenständigen deutschen Positionierung kaum mehr vereinbar war.

Dem Konservatismus im akademischen Milieu widmet sich die IV. Rubrik des Bandes. Klaus Hornung legt eine Maßstäbe setzende Würdigung seines Tübinger akademischen Lehrers Hans Rothfels vor, dessen Wirken in der Zwischenkriegszeit auf dem Königsberger Lehrstuhl durch jüngere geschichtspolitische Debatten zum Teil in Misskredit geriet.

Hornung legt die Prägung der Generation Rothfels' durch den Ersten Weltkrieg und die »Situation« nach 1918 frei, in der Geschichte nur noch als eine »politische Wissenschaft« denkbar war. Dabei wird deutlich, wie sich bei Rothfels die Auseinandersetzung mit Versailles zu einer »kritisch-differenzierenden Sondierung« der Epoche seit 1890, bzw. seit der Gründung des Bismarck-Reiches ausweitete und vertiefte. Es zeigt sich aber auch, dass die heute zur gängigen Münze werdende ahistorische Diffamierung als »Ethnohistoriker« von Grund auf fehlerhaft. Von Rassentheorien hielt Rothfels nichts, es waren Grundideen des preußischen Kulturstaats und der Bismarckschen Politik, die er verfolgte. Nach Jahren der Emigration kehrt er 1951 nach Deutschland zurück und kann den Faden der Forschungen aus der Vorkriegszeit wieder aufnehmen. Die einschneidende »totalitäre Erfahrung« führt ihn aber auf das Thema seiner späten Jahre, der deutschen Opposition gegen Hitler, dem er die erste, bis heute wichtige, Generationen von Studierenden prägende Monographie widmete.

Ulrich E. Zellenberg analysiert den Konservatismus der Elite der deutschen Staatsrechtswissenschaft, konzentriert um die Zeitschrift *Der Staat* und ausgehend von staatsrechtlichen Grundbegriffen wie Souveränität, Autorität, Legitimation.

Mit Eric Voegelin, einem Theoretiker und Ideengeschichtler, der heute in verschiedensten Disziplinen eingehend rezipiert

wird, würdigt Michael Henkel in einem wichtigen Beitrag eine besonders schillernde Figur. Seine Darlegungen gewinnen dadurch an eigenständigem Profil, dass Henkel die frühen, im Umkreis des Rechtspositivismus Hans Kelsens und dann in Abgrenzung von ihm entstandenen Arbeiten Voegelins eingehend berücksichtigt. Voegelins späteres Werk, die Diagnose politischer Religionen und die Neue Wissenschaft von der Politik, liest Henkel zu Recht vor dem Hintergrund von dessen »vormodernem« Zuschnitt, der auch den Konservatismus als eine Erscheinung der eo ipso krisenhaften Moderne begreifen musste.

Der Band schließt mit drei wiederum sehr unterschiedlichen Beiträgen über konservative Intelligenz (V) im Feld der freien Publizistik.

Hans-Christof Kraus würdigt Friedrich Sieburg, wobei sein Beitrag Klaus Harpprechts Urteil nachhaltig bestätigt, dass Sieburg Deutschland und den Deutschen Wahrheiten gesagt habe, die heute das Nachlesen lohnten. Sieburg fragt in einem Aufsatz in der FAZ im September 1959: »Kann man heute noch konservativ sein?« und votiert für eine konservative intellektuelle Grundhaltung, die sich in der Folge Ernst Jüngers oder Rivarols der Massengesellschaft entgegenzusetzen weiß. Susanne Peters stellt in einem gekonnten, durchaus kritischen Portrait einen der schillerndsten und Publizisten der Ost-West-Konfrontation William S. Schlamme vor: Schlamme blieb »Grenzgänger zwischen zwei ideologischen Welten«: als junger Mann in Wien Teil des linken Spektrums, Mitglied der KPÖ, später Mitarbeiter in Tucholskys und von Ossietzkys Weltbühne, votierte er in den fünfziger und sechziger Jahren für eine offensive Politik gegenüber der kommunistischen Welt, wobei sich der gebürtige Wiener mit der Forderung nach einem »deutschen de Gaulle« (1965) – er dachte wohl an Franz Josef Strauß – weit in das innenpolitische Terrain der Bundesrepublik vorwagte.

Der Band wird von einem Überblick aus der Feder von Stefan Winckler über konservative Intelligenz oder demokratische Rechte im vereinigten Deutschland abgeschlossen. Winckler hat zeitgleich eine materialreiche, auf die Publizistik konzent-

rierte Übersicht über Tendenzen der demokratischen Rechten in der Gegenwart vorgelegt, die den Band von Kroll sinnvoll ergänzen kann.

Zwar kann der von Kroll herausgegebene Sammelband keinesfalls eine vollständige Topographie des weitgefassten Themenfeldes geben. Er schlägt aber faszinierende Schneisen. Doch nicht in der Totalität behandelte Aspekte, in der gekonnten Exemplarität besteht das Verdienst. Dennoch ist der Band keineswegs eine eklektische Buchbindersynthese. Er enthält wesentliche Paradigmen für eine weitere, ideengeschichtliche und historische Forschung.

Harald Seubert

*Michael SCHWARTZ: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2004. Oldenbourg Verlag, 1247 S., Leinen, 128 EUR.*

Wenn im Gegenwartsdeutschland die Vertriebenenthematik zur Sprache kommt, dann häufig eingehüllt von getragener Streichmusik, gedämpft durch Edelparkettböden, pathetisch vorgetragen hinter blumengeschmückten Rednerpulten und mit rhetorischen Zierwindungen bedächtig um Political Correctness bemüht. Quieta non movere. Die detailfreudige Habilitationsschrift von Michael Schwartz entledigt das Problemfeld der Zwangsmigration des beklemmend feierlichen Ambientes von Jahrestagen und Gedenkveranstaltungen und führt es einer sachlich-lebendigen wissenschaftlichen Diskussion zu. Zeitgeschichte sei keine »erinnerungspolitische Festrede«, erinnert Schwartz an sein Credo als Historiker. In zumindest dreierlei Hinsicht beweist der Verfasser Mut und fachliche Entschlossenheit.

Erstens stellt er dem babylonischen Sprachengewirr unter Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern in puncto Vertreibung eine eindeutige Begriffswahl gegenüber. Kaum ein anderer Themenkomplex schafft eine vergleichbare terminologische Befangenheit und macht jede wissenschaftliche Äußerung zum sprachlichen Drahtseilakt. Das beginnt schon

bei der Frage, wie die insgesamt zwölf bis fünfzehn Millionen betroffenen Deutschen treffend und stimmig zu bezeichnen seien – als »Flüchtlinge«, »Vertriebene«, »Zwangs-umgesiedelte«, »heimatlose Heimkehrer«, »Neubürger«, oder (im sowjetzonalen Stil) als »Umsiedler«. Statt in diesem begrifflichen Minenfeld aufgeregt von einem Bein aufs andere zu hüpfen, verfolgt Schwartz einen pragmatischen Ansatz, indem er sich eingangs zu seiner »westdeutschen« Autorenperspektive und Standortgebundenheit bekennt. Ja zum Vertriebenbegriff, Punktum. Auf dem ebenso verfänglichen wie undankbaren sprachlichen Nebenkriegsschauplatz hält sich der Verfasser nicht lange auf.

Zweitens scheut sich Schwartz nicht, ideologischen Handlungsmotivationen der Akteure auf den Grund zu gehen und diese zu beleuchten. Das wird schon anhand des thematischen Fokus ersichtlich. Regionalstudien zur Vertriebenenproblematik erscheinen mit nahezu ebenso verlässlicher Regelmäßigkeit wie die Wiederkehr festlicher Gedenkanklässe. Von Neunkirchen am Sand bis Oldenburg, von Düsseldorf bis Rostock – fast jeder Winkel der deutschen Landkarte, der in turbulenter Zeit Vertriebenen Zuflucht bot, wurde bereits durch Forschungsarbeiten historisch gewürdigt, wobei die Beschäftigung mit westdeutschen Gefilden fraglos überwiegt. Mag die Auseinandersetzung mit regional bedingten Eigen- und Besonderheiten im Umgang mit Integrationskonflikten eine Fülle an Diskussionsstoff liefern, so bleibt sie in der Regel ideologisch geruchsnutral. Schwartz öffnet den Blick auf die SBZ/DDR während ihrer kritischen ideologischen Findungsphase. Zermürbt zwischen der Last des gefallenen nationalsozialistischen Unrechtsregimes einerseits und den Forderungen des sowjetischen Supervisors andererseits, stellten die Flüchtlingsströme eine kaum überschaubare, überwältigende Belastung dar. Der Verfasser widerspricht der beschönigenden Binnensicht der DDR-eigenen Geschichtsschreibung, berichtet glaubwürdig belegt von Konflikten in der Arbeitsbeziehung zwischen sowjetischer Militäradministration und deutschen Befehlserfüllern, vom Einsatz kadererprobter Machtexekutanten in der sowjetkontrollierten Vertriebenenver-

waltung und von polizeistaatlicher Repression. So wird deutlich, dass trotz vergleichbarer logistischer Herausforderungen der Unterbringung sowie Eingliederung von Vertriebenen in Ost und West ideologische Grundannahmen das jeweilige Vorgehen in unterschiedliche Richtungen lenkten. Entsprechend der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte trennt sich der Verlauf der Vertriebenenintegration entlang der Zonengrenze. Nur vor diesem Hintergrund sind sowjetzonale Programme wie beispielsweise die Parzellenverteilung an »Umsiedlerneubauern« oder der »Umsiedlerkredit« für Wohnbedarf zu verstehen. Ein vergleichbar aufschlussreiches, analysestarkes und kritisches Werk über die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR existierte bislang nicht, so schlicht lassen sich Forschungsstand im Allgemeinen und Stellenwert dieser Studie im Besonderen zusammenfassen.

Drittens enttarnt Schwartz die Tabuisierung heikler Aspekte der Vertriebenenintegration, nennt populäre Fehleinschätzungen und Wissenslücken beim Namen und wirbt aufklärerisch um sachliche Offenheit. Somit hebt sich die Habilitationschrift des Verfassers wiederum deutlich ab von einer großen Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten zur Frage der Vertreibung, die lediglich eine Kette von Ereignissen chronologisch ausbreiten, aber mangels wünschenswerter Tiefe der Analyse bestenfalls zum zeitgeschichtlichen Ornament taugen. Schwartz tapst nicht um eine wirkliche Aufarbeitung kritischer Fragen herum. Entschieden widerspricht er dem durch DDR-Historiker gerne vermittelten Eindruck, das »Vertriebenenproblem« habe es nur in der westdeutschen Bundesrepublik gegeben. Das Schicksal von vier bis fünf Millionen Vertriebenen in der SBZ/DDR wurde von schwer erträglichen Umständen begleitet. Die Massennotlage der Zwangsmigranten im ersten Nachkriegsjahrzehnt traf auf eine entsolidarisierte Mehrheitsgesellschaft, was gravierende Gruppenkonflikte unweigerlich bedingte und förderte. Die daraus resultierende gravierende Radikalisierungsfurcht bei der sowjetischen Siegermacht erklärt die enge und umfassende Anleitung der Vertriebenenbetreuung sowie die infolgedessen aufkommende Debatte über die deutsche Mitbestimmung.



Bei allem vorwärts gewandten, ehrlichen Mut des Historikers lässt sich Schwartz mangelnde Sensibilität im Umgang mit einem komplexen Thema nicht zuschulden kommen. Explosive, aber für seine Problemstellung nicht gewinnbringende Konflikte vermeidet er konsequent. Die historische Erzählung des Verfassers beginnt 1945 zu ticken. Schon allein daher ist er nicht genötigt, ethnische Säuberungen und Vertreibung in die eine Waagschale der Geschichte zu werfen und die deutsche Okkupation mit all ihrem Grauen in die andere. Wenn Schwartz von Gewalterfahrungen und materiellen Notständen der Zwangsmigranten in der SBZ/DDR berichtet, dann ohne ein Unrecht mit einem anderen abzuwägen. Ihm gelingt es, einerseits anschaulich zu schildern und präzise zu analysieren, anderseits jedoch stets die kritische Distanz zu seinem Forschungsfeld zu wahren.

Die Studie beeindruckt nicht nur durch Offenheit und sachliche Wagnis, sondern besticht durch ihren Informationswert und die offenkundige Fachkenntnis ihres Verfassers. Hinlänglich bekannt sind die zahlreichen Publikationen und Buchbeiträge des in Sachen frühe Sozialgeschichte der SBZ/DDR einschließlich der Vertriebenenproblematik engagierten Verfassers Michael Schwartz. Erfreulicherweise handelt es sich bei seiner neuen Arbeit keineswegs um einen faden Aufguss bereits publizierter Artikel oder um eine schlichte Zusammenführung vorheriger Veröffentlichungen. Schwartz hat eine wahre Detailflut und Fülle neuer Funde zusammengetragen. Das Ergebnis ermöglicht eine Gesamtperspektive auf den Themenkomplex der Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR, der bisher schlichtwegs fehlte. Eine grundlegende Untersuchung zur DDR-Gesellschaftshistorie, ein wesentlicher Beitrag zur Zeitgeschichte.

*Ralf Grünke*

*Klaus PFLIEGER: Die Rote Armee Fraktion RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004. 207 S., brosch., 19,80 EUR.*

Während sich der Fokus der Weltöffentlichkeit mehr oder minder unfreiwillig auf das

Netzwerk Al-Qaida konzentriert, finden Veröffentlichungen zu anderen terroristischen Organisationen derzeit in der Regel schlechte Startbedingungen vor. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Gruppierungen handelt, deren Virulenz durch die Selbstauflösung bereits vor einigen Jahren beendet worden ist.

Publikationen zum Thema RAF erfreuen sich dennoch in der Bundesrepublik mit einiger Zielsicherheit regen Zuspruchs, ein Effekt, der wohl nicht zuletzt den psychologischen Auswirkungen des RAF-Terrorismus zugeschrieben werden sollte. Wer sich bis dato mit der Historie der linksterroristischen Organisation auseinandersetzen wollte, musste sich stets mit einzelnen Blickwinkeln auf dieses zeitgeschichtliche Phänomen begnügen, die stets entweder einen historisch sequenzierten Ausschnitt der RAF betrachteten oder noch vor ihrer Auflösung im Jahr 1998 erschienen waren, so dass eine abschließende Beurteilung nicht möglich war.

Diesem Anspruch abzuhelpen ist die Absicht einer Veröffentlichung des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Klaus Pflieger, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die gesamte Geschichte der RAF kurz und verständlich darzulegen. Klar, nachvollziehbar und übersichtlich strukturiert schildert Pflieger die Genese der RAF aus dem Geist der weltweiten Studentenbewegung, wobei sie nach und nach deren radikalisiertes Zerfallsprodukt wurde. Von den Anfängen der Frankfurter Kaufhausbrandstiftung bis zu den ersten gezielt terroristischen Anschlägen der frühen siebziger Jahre entsteht so ein luzides Bild der ersten Schritte der terroristischen Organisation, die letztlich in der Klimax des Jahres 1977 mündeten. Mit der Ermordung von Buback, Ponto und der Entführung und Erschießung von Hanns-Martin Schleyer markierte die RAF einen aktionistischen Höhepunkt, den sie in ihrer weiteren Entwicklung nie mehr erreichen sollte. Doch obwohl sie ihr Ziel, die Freipressung der Stammheimer Inhaftierten, auch durch die im Verbund mit palästinensischen Gesinnungsgenossen zusätzliche Entführung eines Flugzeuges in das somalische Mogadischu nicht zu erreichen vermochte, existierte die RAF auch nach der schweren Niederlage des Jahres 1977 weiter. Selbst



nachhaltige Verhaftungswellen konnten ihr in der Folgezeit nicht entscheidend zusetzen, so dass sich Anfang der achtziger Jahre zunächst ein neuerliches Strategiepapier wieder fand, dessen semantische Radikalisierung bald auch ihr terroristisches Äquivalent finden sollte. Die so genannte »dritte Generation« der RAF, deren Existenz von einigen wenigen Verschwörungstheoretikern bis heute bestritten wird, professionalisierte das Vorgehen ihrer Vorgänger und entledigte sich jeglichen ideologischen Rüstzeugs. Bis heute ist ein Großteil ihrer Verbrechen ungeklärt, was ihr Versinken in der Bedeutungslosigkeit gegenüber den Netzwerken des Internationalen Terrorismus zusätzlich fragwürdig erscheinen lässt. Doch sollte sich die an den Tag gelegte Effektivierung des eigenen Vorgehens auch als Spaltpilz in der Organisation erweisen. Nach und nach verschwand die RAF von der öffentlichen Agenda, wurde durch andere Ereignisse von der Bildfläche verdrängt und sinnentleerte ihr Vorgehen durch inflationären Aktionismus. Als mit Treuhand-Chef Rohwedder das letzte Todesopfer der RAF zu beklagen war, hatten ihr die ideologischen Begründungszwänge um den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa bereits entscheidend zugesetzt. Mit der daraus resultierenden Anfälligkeit gegenüber behördlichen Gegenstrategien (Kinkel-Initiative, Kronzeugenregelung) entpuppte sich die RAF als nur noch fragiles Sammelsurium brutalisierter Mitglieder. Als auf dem Bahnhof des Mecklenburg-Vorpommerschen Bad Kleinen Birgit Hogefeld verhaftet wurde und sich ihr Verlobter Wolfgang Grams nach einem Feuergefecht mit der GSG 9 wohl selbst tötete, war der Nimbus des unangreifbaren »Phantoms« endgültig dahin. Dass der Zugriff der Grenzschutzgruppe durch einen bis in die Kommandoebene eingeschleusten V-Mann ermöglicht wurde, nährte innerhalb der Organisation Zwietracht und Ränkespiele. Nicht zufällig war die sich anschließende Spaltung, die von der Ebene der Inhaftierten ausging und sich bis in die Reste der in Freiheit verbliebenen RAF-Unterstützer fortsetzte, ganz im Sinne der ermittelnden Behörden und ein erster offensichtlicher Abgesang auf die einstmals gefährlichste terroristische Organisation der

Bundesrepublik. Die Selbstauflösung des 20. April 1998 war das logische Ende dieser Entwicklung.

Pflieger widmet sich den genannten Aspekten in aller Klarheit und Stringenz, mitunter geht die für eine Überblicksdarstellung notwendige Straffung aber zu Lasten der Komplexität. Dies betrifft dabei nicht nur einzelne inhaltliche Fragen, auch die Aktualität der von ihm beschriebenen Erkenntnisse ist nicht immer unanfechtbar. So ist wenig von den Ungereimtheiten bezüglich der Ermittlungserkenntnisse zwischen den zuständigen Behörden zu lesen. Dass Pflieger die auf den Fahndungspaketen der achtziger Jahre auftauchenden Personen auch weiterhin der RAF zurechnet, ist mittlerweile überholt. Gesichert ist nur noch die Mitgliedschaft von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams. Von allen weiteren Personen der achtziger und neunziger Jahre gilt es sowohl bei Verfassungsschutzbehörden wie bei Bundeskriminalamt als gesichert, dass weder Klump, Callsen, Meyer etc. jemals zur Führungsebene der Organisation gehörten. Umso befremdlicher, dass Pflieger im Falle Klumps diese Tatsache zwar erwähnt, ihren Anschlag auf eine Militäreinrichtung im spanischen Rota, der den Erkenntnissen der anderen Behörden zufolge keine RAF-Aktion war, nun dennoch der terroristischen Organisation zuschreibt. Klump wurde für diesen Anschlag zu neun Jahren Haft verurteilt, der Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF gegen sie musste aber fallen gelassen werden. Der in Wien von der Polizei erschossene Horst-Ludwig Meyer wird von eben diesem Vorwurf post mortem genauso freigesprochen werden müssen. Sabine Elke Callsen stellte sich im Jahre 2003 und wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Von diesen Einzelheiten abgesehen bietet Pflieger mit seiner Synopsis des RAF-Aktionismus eine gelungene Zusammenfassung der wichtigsten Stationen des Terrorismus in der Bundesrepublik. Didaktisch aufbereitet durch Fahndungs- und Tatortfotos wird der beklemmende Eindruck der Geschehnisse wachgerufen und verfestigt. Dass kein Quellen- oder Literaturverzeichnis den Schilderungen folgt, wäre als Vorwurf unredlich. Als einführende Basislektüre zur Geschichte der RAF hat Pfliegers Monographie keine wissenschaftliche Kärnerarbeit zu verrich-

ten. Wer dennoch über die einzelnen Etappen der RAF genauere Kenntnis zu erlangen wünscht, sei daher auf die wissenschaftlichen Einzeluntersuchungen verwiesen.

Alexander Straßner

*Eckhard JESSE (Hg.): Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz. 2.Aufl. Berlin 2001. Ch. Links Verlag, 328 S., brosch., 19,50 EUR.*

Bereits drei Monate nach dem Erscheinen der 1.Auflage wurde eine 2.Auflage notwendig, bemerkenswert für diese Literaturgattung.

Eckhard Jesse – seit 1993 Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz – hatte zum Wintersemester 1999/2000 ehemals führende Bürgerrechtler zu einer Vortragsreihe (Ringvorlesung) an die TU eingeladen; die Hörsäle waren bei allen Veranstaltungen überfüllt, es herrschte gespannte Aufmerksamkeit.

E.Jesse hatte jedem Referenten für seinen Vortrag ein »Fragenbündel« vorgegeben, welches eine gewisse Vergleichbarkeit der Aussagen ermöglichen sollte, mit dem aber jeder Referent auf je eigene Weise umging. In den vier Fragenkomplexen (jeweils aufgeschlüsselt) ging es um die eigene Biographie, die damalige und die heutige Einschätzung der Opposition sowie um eine allgemeine politische Einordnung.

Zu Wort kamen 14 Repräsentanten der Opposition Ende der achtziger Jahre in der DDR. Ihre Auswahl wird von Jesse in einem bemerkenswerten Schlusskapitel schlüssig und offen begründet; dort werden auch diejenigen genannt, auf die (aus verschiedenen Gründen) ungenutzte Verzicht werden musste.

Die Akteure waren in der Reihenfolge ihres Auftritts: Jens Reich, Konrad Weiß, Marianne Birthler, Vera Lengsfeld, Günter Nooke, Wolfgang Templin, Markus Meckel, Ehrhart Neubert, Freya Klier, Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Ulrike Poppe, Friedrich Schorlemmer, Joachim Gauck.

Der Band dokumentiert die Texte (vorangestellt ein jeweils ganzseitiges Foto) und die in der Freien Presse abgedruckten Berichte zu jedem Vortrag, welche einige Diskussionsschwerpunkte erkennen lassen.

Die wichtigsten Thesen der Referenten werden in der exzellenten Einleitung von E.Jesse zusammenfassend vorgestellt, was neugierig macht auf die Lektüre. Bemerkenswert sind die häufigen Hinweise auf einen 1989 von den meisten Oppositionellen ge- bzw. erwünschten »Dritten Weg« für die DDR, »eine wirkliche Verbindung von Demokratie und Sozialismus« (Schorlemmer).

Nach dem Ende der SED-Herrschaft trennten sich die vorher vielfach gemeinsamen Wege und Anschauungen. »So haben Freya Klier und Vera Lengsfeld, jeweils glühende Gegner der PDS, wenig gemein mit den Sozialdemokraten Edelbert Richter und Friedrich Schorlemmer, die die Erfurter Erklärung – in der die Einbeziehung der PDS in die Regierungsverantwortung im Bund gefordert wird – unterzeichnet haben. Konrad Weiß und Günter Nooke meinten sogar, ein Verbot dieser Partei 1990 hätte manchen Ärger erspart.« (E.Jesse)

In vielen Berichten spiegelt sich die Dramatik der Ereignisse im Herbst 1989 wider, viele persönliche Erlebnisse werden geschildert. Die Art der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wird vielfach beklagt, zum Teil aus unterschiedlichen Gründen. Es fehlt nicht an Kritik an der DDR-Forschung und westdeutscher Politik vor 1989: »Die Wiedervereinigung galt als »Illusion« (Egon Bahr), als »Mythos« (Walter Momper), als »Gefahr für den Frieden« (Peter Glotz) und als »Lebenslüge« der Bonner Republik (Willy Brandt). Heiner Geißler wollte 1988 die »Wiedervereinigung« als Zielbestimmung aus dem Grundsatzprogramm der CDU streichen lassen. Die DDR wurde schöneredet, und die osteuropäischen Dissidenten wurden als Gefahr für die Entspannung betrachtet.« (V.Lengsfeld)

Nicht minder deutlich sind Anmerkungen über die DDR: »Die DDR war nicht der Staat der allseitig durchgesetzten Nächstenliebe und Freundschaft aller mit allen. Wenn es um Beförderungen oder Prämien ging, dann wurde da genauso getrickt, wie das überall in der Welt läuft. Wenn die Menschen in der DDR die ‚menschliche Nähe‘ pflegten, dann erklärt sich das hauptsächlich aus dem Bewußtsein: Eine Hand wäscht die andere. Die DDR war – manche haben das heute offensichtlich schon vergessen – eine

Mangelwirtschaft. Der DDR-Bürger hat gewusst: Alleine kommst du hier nicht klar. Oder: Du kommst besser klar, wenn du Interessengemeinschaften bildest.« (R.Eppelmann)

»Tägliche »Rotlichtbestrahlung« sollte das rechte »Bewußtsein« schaffen. »Vater Staat« kümmerte sich um alles, auch um das, was ihn nichts anging. Entmündigung durch Umhegung, Befreiung durch Enteignung! Achtundzwanzig Jahre eingemauert leben. Das ist lang und legt sich auf die Psyche eines ganzen Gemeinwesens. Nicht reisen dürfen. Keine konvertierbare Währung haben. Einer Meinungszensur unterliegen. In Massen organisiert sein. Einer wissenschaftlichen Ideologie mit totalem Wahrheits- und Machtanspruch unterworfen sein. In permanenter Vormundschaft leben. Und einer Dauererziehung zum »sozialistischen Menschen« ausgesetzt sein.[...] Die Söhne an einer »Friedensgrenze« mit Hundeleinen und Selbstschußanlagen ihren »Ehrendienst« tun lassen. Belauert werden und belauern. Sich in private Nischen zurückziehen und in der Gesellschaft unauffällig abgeduckt existieren oder sich gar überzeugt und begeistert geben, doch allabendlich »Westen sehen und hören«. Das alles macht Menschen von innen her kaputt, ganz abgesehen von den zerfallenen Altstädten, den ökologisch verseuchten Militär-Arealen und rettungslos veralteten Industrieanlagen.« (F. Schorlemmer)

Jeder Beitrag ist interessant, spiegelt die damalige Befindlichkeit wider, die unterschiedlichen Motive für oppositionelles Handeln, zugleich Zweifeln, die vielfältigen Diskussionen über konzeptionelle Fragen und schließlich die Gründung ganz unterschiedlicher Gruppierungen, die sich bedauerlicherweise auch in der »heißen Phase« des Untergangs der DDR nicht zusammenfanden. Auch auf die widersprüchlichen Ansichten der Gruppen und ihrer (ebenfalls teilweise kontrovers agierenden) Repräsentanten kann hier leider nicht eingegangen werden.

Der Herausgeber hat in einem ausführlichen Schluss-Kapitel zum Forschungsgegenstand »Opposition« Stellung bezogen und Literatur dazu (mit Einschätzung) vorgestellt. »Die oppositionellen Kräfte waren

68er in einem doppelten Sinne: Sie standen einerseits den Idealen des »Prager Frühlings« von 1968 und andererseits den Ideen der 68er im Westen nahe.«

Bemerkenswert ist die zusammenfassende These des Herausgebers: »Mit einiger Überspitzung läßt sich sagen: Die große Masse der Bevölkerung war äußerlich angepasst, aber innerlich renitent (ohne »Sozialismus«-Vision); die Masse der Oppositionellen hingegen innerlich angepasst (nämlich mit der Vision von einem »anderen Sozialismus«), jedoch äußerlich renitent. Hingegen haben die Reformer innerhalb der SED keinen Anteil am Umbruch in der DDR. Sie reagierten erst, als es brodelte. Damit wollten sie sich an die Spitze der Bewegung setzen, um ihr die Spitze zu nehmen. Zu Recht wird von einem »Reformer-Mythos« gesprochen.«

E.Jesse stellt abschließend ein ausführliches Porträt der Oppositionsbewegung und der Referenten vor, wie es bislang nicht in dieser Form geschah. Ein sehr zu empfehlendes Buch!

Achim Beyer

Ulrich HERRMANN (Hg.): *Protestierende Jugend. Jugendopposition und politische Proteste in der deutschen Nachkriegsgeschichte*. Weinheim/München 2002. Juventa-Verlag, 496 S., brosch.; 45 EUR.

Die meisten der in den »Materialien zur Historischen Jugendforschung« veröffentlichten Beiträge sind Vorträge anlässlich einer Konferenz des Arbeitskreises für Historische Jugendforschung in der ehemaligen FDJ-Hochschule am Bogensee im Jahr 1995.

In etwa zwei Dritteln des Buches werden Beispiele »protestierender Jugend« in der SBZ/DDR von 1948 bis zum Ende der DDR und in einem weiteren Drittel in der alten Bundesrepublik bis in die 60er Jahre vorgestellt, wobei die Auswahlkriterien (welche Historiker, welche Zeitzeugen durften/konnten über welche Gruppen oder Aktionen berichten?, warum kommen andere nicht weniger bedeutsame nicht zu Wort?) weder erläutert werden noch sonst wie erkennbar sind. Die Beiträge stehen irgendwie beziehungslos zueinander.

Bedauerlicherweise wird auch auf eine zusammenfassende, analysierende Einschätzung verzichtet, die insbesondere bei den völlig unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen für Protest, Opposition und Widerstand in Ost und West dringend geboten wäre. Es fehlt auch eine einleitende Klärung dieser Begriffe.

Trotz dieser nicht geringen Mängel handelt es sich um ein empfehlenswertes Buch wegen seiner eindrucksvollen Schilderungen von Mut und Zivilcourage Jugendlicher durch Wissenschaftler und Zeitzeugen (gelegentlich in einer Person), häufig untermauert durch Dokumente (auch als Faksimile).

Einen breiten Raum nehmen Dokumentationen von Opposition, Protest und aktivem politischen Widerstand an Oberschulen und Universitäten in der SBZ und frühen DDR ein. Dem Herausgeber ist bekannt (Vorwort), dass seit der Konferenz »eine umfangreiche Literatur zur Geschichte der DDR und zur Opposition gegen das SED-Regime erschienen« ist, auch Berichte über Widerstandsgruppen etc., auf die aber aus Platzgründen nicht detailliert eingegangen werden konnte. Immerhin nennt eine Auswahlbibliographie von Klaus-Dieter Müller und Jörg Osterloh zahlreiche Titel über Opposition, Protest, Widerstand in der SBZ/DDR.

Joachim Petzold (1951 Abiturient dieser Schule und später namhafter DDR-Historiker) schildert – ergänzt und bestätigt durch einen weiteren Zeitzeugen – die Situation an der Oberschule Dresden-Nord 1948 – 1951 und den in (mindestens) zwei spektakulären Aktionen artikulierten Protest gegen den damals extremen Stalinismus (Verhöhung des Stalinkults an dessen 70. Geburtstag). Obwohl sogar Ulbricht scharf reagierte, blieben die Schüler ungestraft – ganz im Unterschied zu ähnlichen Aktionen (auch in sächsischen Schulen), wo teilweise drakonische Strafen ausgesprochen wurden: z.B. die Zuchthausurteile gegen Hermann Josef Flade und gegen die »Werdauer Oberschüler«.

Zwei Beiträge (darunter Erinnerungen des »Rädelsführers«) befassen sich mit dem »Fall Anklam« - Details blieben bis in die 90er Jahre weitgehend unbekannt. Vom Sozialismus überzeugte Schüler (wenige Wochen zuvor als »sozialistisches Klassenkollektiv« ausgezeichnet) waren am Tag der

Verabschiedung des Verteidigungsgesetzes der DDR durch die Volkskammer am 20. September 1961 in schwarzer Kleidung zum Unterricht erschienen, nachdem sie unter Drohungen (Nichtzulassung zum Abitur, Relegierung von der Schule) formal eine »Bereitschaftserklärung« zum »freiwilligen« Wehrdienst unterschrieben hatten und dies noch öffentlich feiern sollten. Kluge Lehrer, welche durch Nichtbeachtung ihre Schüler schützen wollten, wurden nach Intervention der SED-Führung ebenso hart bestraft wie viele andere: 27 Schüler der Anklamer EOS wurden für alle Zeit vom Besuch aller Oberschulen der DDR ausgeschlossen, drei von ihnen zu fünf bzw. drei Jahren Zuchthaus verurteilt, der Direktor, drei Lehrer und zwei Erzieherinnen fristlos entlassen; selbst Eltern verloren ihre Anstellung, ebenso SED- und FDJ-Funktionäre. In der gesamten DDR wurde eine riesige Kampagne gestartet, jeder Bezirk musste nun auch sein »Anklam« suchen.

Anhand einer selten dichten Quellenbasis berichten Wissenschaftler über eine studentische Widerstandsgruppe an der Universität Halle. Sie war vom Dezember 1949 bis März 1950 aktiv vor allem durch Verteilen von Flugblättern. Die Strafen durch ein Sowjetisches Militärtribunal waren unmenschlich. Der Hauptangeklagte erinnert sich an den Urteilsspruch: »25 Jahre wegen Spionage, 25 Jahre wegen illegaler Organisation, 25 Jahre für antisowjetische Propaganda, 5 Jahre wegen Lügens, macht insgesamt 80 Jahre. Die große Sowjetunion kommt Ihnen entgegen, Strafzusammenzug 25 Jahre.« Viele schreckliche Jahre in Workuta bzw. in DDR-Zuchthäusern konnten den Lebensmut der Verurteilten nicht brechen.

Der »Eisenberger Kreis« war die zahlenmäßig größte und zudem langlebigste jugendliche Oppositions- und Widerstandsgruppe in der Geschichte der DDR (aktiv von 1953 bis 1958; 24 Schüler, Lehrlinge und Studenten wurden zu insgesamt 114 Jahren Zuchthaus verurteilt). Motive (Vorbild Geschwister Scholl), Vorgeschichte, Struktur, Aktionen und Ziele des Kreises werden geschildert. Hochinteressant, eindringlich, sachlich und anrührend der ergänzende Bericht eines Hauptangeklagten über seine Erfahrungen im Westen nach der Entlassung.

Eine bislang kaum erwähnte Gruppe von SED-treuen Geschichtsstudenten der Humboldt-Universität Berlin im Jahre 1956 (»Jakobiner-Club«) forderte in der Zeitschrift Forum: 1. Meinungsfreiheit; 2. Selbstbestimmtes Studium; 3. Wiederaufnahme einiger deutscher Universitäts Traditionen; 4. Wahl studentischer Interessenvertretungen; 5. Modernisierung der FDJ durch eine Initiative 'von unten'. Es war ein kurzes, aber vergebliches Aufflackern von SED-interner Opposition von unten.

Der Aufsatz über den Kampf der SED-Führung gegen die Junge Gemeinde 1950 - 1953 (in einem Dokument forderte der damalige FDJ-Vorsitzende Honecker die »Liquidierung der Jungen Gemeinde«, aber auch die Ost-CDU unter ihrem neuen Generalsekretär Gerald Götting unterstützte die SED-Politik) wird ergänzt durch eine bemerkenswerte, selbstkritische Biographie eines Exponenten der damaligen CDU-Führung, aus der Sicht des Betroffenen geschildert.

Dem Beitrag von Gottfried Forck (von 1981 bis 1991 Bischof) über die »Offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche und Jugendopposition im letzten Jahrzehnt der DDR« folgt eine Untersuchung über die »Republikflucht« von Jugendlichen bis zum Mauerbau; Jugendliche zwischen 15 bis 25 Jahren machten durchschnittlich ein Drittel der Flüchtlinge aus; 1961 sogar die Hälfte!

Ehrhardt Neubert setzt sich in seiner Studie »Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR? Zur Kategorisierung politischer Gegnerschaft« mit verschiedenen Definitionsansätzen (u.a. Klessmann, Kowalczyk, Knabe) auseinander und bietet selbst eine interessante, wenngleich problematische Typologie, denn sie ist auf 70er, mehr noch auf die 80er Jahre zentriert; der Widerstand der 50er Jahre wird nur am Rande vermerkt, der vielfältige Widerstand von Schülern und Studenten überhaupt nicht einmal erwähnt. So werden zum »Widerstand einzelner Personen« beispielhaft Josef Kneifel (1980), Michael Gartenschläger und Oskar Brüsewitz genannt, nicht je-

doch Hermann Josef Flade (1950) – das ist nicht zu akzeptieren.

Im zweiten Teil zu Jugendopposition und politischem Protest in der alten Bundesrepublik und West-Berlin dominieren (Erlebnis-)Berichte im »Kampf gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung in den 50er Jahren«, über die Ostermarschbewegung und die Kampagne »Kampf dem Atomtod«. Dabei wird deutlich, welche unterschiedlichen Inhalte vielen gleichlautenden Begriffen wie »Opposition« oder »sozialistisch« in Ost und West zugeordnet wurden.

Über die Edelweißpiraten nach 1945 gab es bisher keine umfassende Analyse. Viele Gerüchte rankten sich um ihre Aktivitäten während der NS-Zeit. Es wird geschildert, wie sie sich nach 1945 aus ihrem Selbstverständnis heraus der Vereinnahmung durch die FDJ in den Westzonen entzogen.

Ein sehr interessanter Aufsatz hat zum Thema »Vom Anti-Nationalsozialismus zum Antikommunismus: Identitätskonstanten im Systemwechsel. Zur Archäologie des Antikommunismus in westlichen Jugendbiographien der Nachkriegszeit«. Befragt wurden etwa 20 Personen, konzentriert auf West-Berlin, darunter in der Politik und im Journalismus bekannte Persönlichkeiten, wie deren Biographien im Anhang aufzeigen.

Die letzten 40 Seiten werden eingeleitet mit »Provokation und Aufbruch der westdeutschen Jugend in den 50er und 60er Jahren. Konflikthafte Wege der Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der frühen Bundesrepublik«. Was die Artikel über Krawalle der »Halbstarke« (berichtet wird über randalierendes Verhalten, wahllose Belästigung von Bürgern, Pöbeleien, aber auch von Gewalttaten, die »mit großer Freude und dem hartnäckigen Drang zur Wiederholung« – S.467 – verübt wurden) mit dem Titel des Buches (»Jugendopposition und politische Proteste in der deutschen Nachkriegsgeschichte«) zu tun haben, verschweigt der Herausgeber. Der Kontrast zum ersten Teil könnte nicht größer sein!

Achim Beyer